



Mond ist aufgegangen

Diese abendliche Idylle mit dem aufgegangenen Himmelsgestirn war neulich in Allenwinden zu sehen.

Leserinnenbild Heiri Süess, Allenwinden

Möglichst kurz

LESERBRIEFE red. Leserbrief sind uns willkommen. Wir haben jedoch eine Bitte: Fassen Sie sich möglichst kurz. Die maximale Länge ist 100 Zeilen à 35 Anschläge. Vielen Dank!

Die Betroffenen sollen die Konsequenzen ziehen und zurücktreten

Zum Zuger Sex-Skandal

Nach den in der neusten Ausgabe der «Weltwoche» publizierten Fakten bekommt der Politskandal Spiess-Hürliemann eine ganz neue Dimension. Was am 20. Dezember letzten Jahres passiert ist, ist klar. Da helfen auch von Frau Spiess gezündete Nebelketten nicht, im Gegenteil. Es war zwar sicher nicht intelligent und höchst unfair, was die beiden gemacht haben, ist aber grundsätzlich Privatsache und hätte auch dort erledigt werden sollen.

Dass Frau Spiess nun, nachdem auch klar ist, dass sie zusammen mit ihrem «Schänder» mit dem Taxi nach Hause gefahren ist und trotz K.-o.-Tropfen ihre Wohnung noch fand, ihrer Verantwortung immer noch nicht nachkommt, ist unfassbar.

In gegenüber ihrer Familie fahrlässiger und verantwortungsloser Art geht sie in den Gegenangriff über und versucht, nicht nur ihren Temporarpartner als Täter hinzustellen, sondern verliert nun definitiv ihre Glaubwürdigkeit. Frau Spiess merkt nicht, dass sie schon seit längerem die Marionette von linken Protagonisten ist, die sie missbrauchen, und auch nicht, dass sie mit ihrer laienhaft aufgelegten Verteidigungsstrate-

gie ihre Glaubwürdigkeit vollständig verspielt hat. Am schlimmsten finde ich, dass sie, nebst dem sie die politische Schiene zu fahren versucht, indem sie aus dem Ganzen eine «Sache der Frau» oder des Zuger Kantonsparlaments machen will, es ohne jegliche Rücksicht auf ihre Familie tut.

Frau Spiess, stellen Sie sich mal vor, was Ihr Mann und Ihre drei Kinder erdulden müssen! Ihre Glaubwürdigkeit ist verspielt, solche Politikerinnen brauchen wir nicht, treten Sie bitte zurück und nehmen Sie ihre Verantwortung gegenüber Ihrer Familie wahr.

ADRIAN RISI, ZUG

Die wüste «Zuger Sex-Affäre» an der Landammann-Feier wirft hohe Wellen. Die Ansicht, Politiker seien ganz einfache «Privatpersonen», ist falsch. Politiker wissen bei ihrer Kandidatur ganz genau, dass sie eine besondere Verantwortung gegenüber der Gesellschaft auf sich nehmen. Sind sie dazu nicht bereit, dürfen sie sich schon gar nicht zur Wahl aufstellen lassen.

Politiker sind keine Privatpersonen, sondern Mitglieder einer Behörde und somit Amtspersonen. Und immer auch Vorbilder, auf jeden Fall in ihrer Ge-

sinnungsgruppe. Es ist nicht so, dass für Politiker nur die strafrechtlichen Normen gelten würden. Denn: Die Gruppe der Politiker bestimmt in wesentlichem Ausmass über das künftige Schicksal der restlichen Bevölkerung. Dabei gilt vor allem eine politisch-moralische Verantwortung. Diese überwiegt die strafrechtliche Beurteilung bei weitem.

Politiker werden gewählt, weil das Volk ihnen Vertrauen schenkt, dass sie das Gemeinwesen mit vernünftigen, wohlüberlegten Massnahmen pflegen und dieses zum Wohl unserer Gesellschaft weiterentwickeln. Politiker haben einen ganz wesentlichen Einfluss auf die Ausgestaltung der Zukunft von uns allen.

Von Politikern wird zu Recht ein sehr hohes Mass an Glaubwürdigkeit erwartet. Es geht dabei nicht darum, welche Meinung sie vertreten, sondern darum, dass sie ihre Meinung sorgfältig, «nach bestem Wissen und Gewissen» erarbeitet haben und von dem, was sie sagen, auch wirklich überzeugt sind.

Jeder Bürger und jede Bürgerin hat ziemlich klare Vorstellungen über Ethik (Gewohnheiten, Sitten und Gebräuche) und Moral (Handlungsmuster, -konventionen, -regeln oder -prinzipien), die oft stark von einer Zugehörigkeit zu einer

oder mehrerer Gruppierungen geprägt sind. Es ist nur logisch, dass Bürger und Bürgerinnen ausschliesslich denjenigen Politikern und Politikerinnen Vertrauen schenken, welche diese Vorstellungen teilen und sie auch «leben». Die diversen ethischen und moralischen Konzepte werden von jedem Individuum immer auch bewertet, deshalb gibt es den Begriff der «Werte».

Der Missbrauch einer offiziellen Feier zu Ehren des neuen Landammanns zwecks egoistischer Befriedigung eigener sexueller Bedürfnisse liegt für mich sehr weit ausserhalb meiner Wertevorstellungen. Auch massivst jenseits dessen, was ich dulden und tolerieren kann und will. Er ist ein Affront sondergleichen nicht nur persönlich gegenüber der Person unseres neuen Landammanns, sondern eine eklatante Beleidigung und unfassbare Geringschätzung aller Zuger und Zugerinnen, in deren aller Namen die Feier bekanntlich durchgeführt worden ist.

Politiker und Politikerinnen, die meinen Vorstellungen über Ethik, Moral und Werte nicht zu genügen vermögen, wähle ich nicht, oder ich wähle sie ab. Politiker und Politikerinnen, die sich selber nicht «im Griff» haben und sich «gehen» lassen, haben in der Politik

Sparpotenzial gäbe es da nicht in den Verwaltungsetagen. «Alles wird neu» heisst auch eine neue Terminologie. Schulen sollen nicht mehr «Schulen» heissen, Schüler und Schülerinnen nicht mehr «Schüler und Schülerinnen» sondern etwa «Lernende». Aber bin ich als vorzeitig pensionierter Lehrer nicht immer noch ein Lernender? Oder ist man nach Besuch und Abschluss eines «Brückenangebots» auf einmal kein Lernender mehr? Lehrer und Lehrerinnen sollen nicht mehr «Lehrer und Lehrerinnen» heissen sondern «Lernbegleiter» und «Lernbegleiterinnen». Denn heute wird auf der Oberstufe ein «selbst organisiertes Lernen» angestrebt, mit einem «individuellen Curriculum» für jeden und jede.

Haben sich jedoch die Herren in der Verwaltung einmal gefragt, wie der Begriff «Lernbegleiter» bei den Neubenannten selber ankommt? «Alles wird neu» ist vor allem auch die Tatsache, dass diese Flut von Projekten, Modellen, Begriffen und dazugehörigen Verordnungen ausgeheckt werden, ohne die Direktbetroffenen, die Lehrerinnen und Lehrer, zu konsultieren, geschweige denn, sie in den Prozess miteinzubeziehen.

Ich bin mir sehr, sehr sicher: Die grosse Mehrheit der Lehrpersonen will schon seit langem vor allem einmal Ruhe; Ruhe, um sich endlich wieder kreativ auf die Unterrichtsstunden vorbereiten zu können, Ruhe, um ihre Energie wieder für die Beziehung zur Klasse und zu den Schülern einzusetzen!

MARC BLASER, EHEMALIGER LEHRER IN ZÜRICH, ZUG (2007–2011), AARGAU

nichts verloren. Weder die Zuger Politik noch unser hochgeschätzter Landammann haben solches verdient! Da brauche ich gar nicht erst noch eine strafrichterliche Beurteilung abzuwarten.

WILLI VOLLENWEIDER, KANTONS RAT SVP, STADT ZUG

Die Posse über die Rechts-links-Annäherung (oder Eindringung?) im Restaurant Schiff erinnert mich an Boris Beckers seinerzeitigen Besenhammer-Quickie sowie auch an Bill Clintons Praktikantinnen-Intermezzo und seine anschliessende berühmte Aussage: «I had no sex with that girl.»

All dies waren Spontanaktionen. Meines Wissens haben Spontanaktionen oft den Charakter des Dämmlichen, weil das Gehirn ausgeschaltet ist und das Nachdenken erst später erfolgt.

So nehme ich an, dass die zwei Restaurant-Schiff-Protagonisten nach etwas Nachdenken bald so weit sind, die Konsequenzen zu ziehen, und sich aus der staatlichen Öffentlichkeit verabschieden. Dies wäre für alle Beteiligten und Unbeteiligten das Beste und würde weitere süffisante Volksbelustigungen ausschliessen.

RUEDI AUF DER MAUR, CHAM

Alarmzeichen ernst nehmen – auch in Zug

Schlagwörter wie «Bildung ist unser wichtigster Rohstoff» zielen die Wahlwerbung vieler Kandidatinnen und Kandidaten bei den letzten Gesamterneuerungswahlen. Fast jede und

deuten, müssen wir uns allerdings bewusst sein, dass seit Jahren die durch neue Reformen gestellten Ansprüche und die zur Verfügung gestellten Ressourcen auseinanderdriften.

Nicht überraschend fällt daher die kürzlich veröffentlichte Studie des Dachverbands der Lehrpersonen (LCH) zur Berufszufriedenheit der Lehrpersonen ernüchternd aus. Auf einer Skala von 1 bis 6 liegt die Gesamtzufriedenheit bei einer Note 4,3. LCH-Präsident Beat Zemp brachte denn auch die Ressourcenfrage mit seiner Aussage, «Als Bergführer können Sie im Winter nicht mit Turnschuhen aufs Matterhorn und eine Gruppe mitnehmen, in der Spitzensportler und behinderte Menschen gleichzeitig mitlaufen», so ziemlich auf den Punkt.

Reformen und Ressourcen sollten nämlich ein Tandem bilden, damit das im Büro Geplante und von der Gesellschaft Geforderte auch tatsächlich im Schulzimmer umgesetzt werden kann.

Fehlen die Ressourcen, spüren dies in erster Linie jene Personen, die vor den Kindern stehen und die Verantwortung tragen.

Die aktuelle Studie zeigt einmal mehr, dass eine Mehrheit der Lehrpersonen überlastet ist und ihrem Berufsauftrag nicht gerecht werden kann. Vergleicht man die in den letzten Jah-

stufen. Auf der Kantons- und Berufsschule wurde das Vollpensum auf 24 Lektionen angepasst.

Man kann mit der Studie des LCH unterschiedlich umgehen. Sie kann Grundlage sein, um am Stammtisch darüber zu poltern, dass auf einem hohen Niveau gejammert werde. Die Resultate einer solch umfangreichen Studie können aber auch als Alarmzeichen gesehen werden.

Die am 5. Oktober letzten Jahres gewählten Kantonsrätinnen und -räte haben es in dieser Legislatur mit den Revisionen des Schulgesetzes sowie des Lehrpersonalgesetzes in der Hand, die Rahmenbedingungen anzupassen. Es geht unter anderem um Klassengrössen, Anpassung des Pflichtpensums sowie eine zusätzliche Entlastungslektion für Klassenlehrpersonen. Alles Massnahmen, welche Gegensteuer geben, damit der Berufsauftrag auch seriös ausgeführt werden kann.

ren von oben nach unten durchgesetzten Reformen und die zeitlichen Ressourcen der Lehrpersonen, geht auch in unserem Kanton die Rechnung irgendwo nicht auf. Seit rund 30 Jahren ist beispielsweise das Vollpensum für Zuger Lehrpersonen unverändert geblieben – 29 Lektionen auf der Sekundarstufe, 30 Lektionen auf der Primar-

ZUGER ANSICHTEN



Zari Dzaferi, SP-Kantonsrat, Baar

jeder schien ein Herz für Bildung zu haben. Als Bildungspolitiker einerseits und Sekundarlehrer andererseits freute mich dies selbstverständlich. Schliesslich ist die Ausbildung der nächsten Generationen ein Schlüsselfaktor unseres Wohlstandes. Deshalb ist die Politik gut beraten, Ressourcen für eine qualitativ hochwertige Bildung zur Verfügung zu stellen. Obwohl mehr Ressourcen nicht gleich bessere Bildung be-

Obwohl ich im Grundsatz ein Optimist bin, befürchte ich, dass die angeordneten Entlastungsmassnahmen vom bürgerlich dominierten Rat nicht angenommen werden. Ursprünglich knapp vor beziehungsweise nach den Wahlen eingeplant, stehen beide Vorlagen – zufällig? – erst nach Ankündigung des Sparpakets zur Debatte. Zudem hat Bildungsdirektor Stephan Schleiss kürzlich in einer Videobotschaft bereits unmissverständlich klargestellt, dass auch die Schule einen Beitrag an das Sparpaket zu leisten habe.

Sie dürfen also gespannt sein, wer es mit dem eingangs aufgeführten Wahlanspruch wirklich ernst meinte und wer ihn als leere Wahlhülle zum Stimmfang missbrauchte.

HINWEIS

In der Kolumne «Zuger Ansichten» äussern sich die Kantonsräte des Kantons Zug zu von ihnen frei gewählten Themen. Ihre Meinung muss nicht mit derjenigen der Redaktion übereinstimmen.